

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Fraser, Nancy
Die halbierte Gerechtigkeit

Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats
Aus dem Amerikanischen von Karin Wördemann

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp 1743
978-3-518-11743-9

edition suhrkamp 1743

Gender Studies

Vom Unterschied der Geschlechter

Nancy Fraser, eine der führenden Theoretikerinnen des amerikanischen Feminismus, setzt sich in ihrer neuen Studie mit der derzeitigen Situation der Linken nach dem Zusammenbruch des Sozialismus auseinander. Fraser zufolge befinden wir uns im Zeitalter des »Postsozialismus«, für den der Mangel an zukunftsorientierten Perspektiven, ein wiedererstarkender Wirtschaftsliberalismus und insbesondere die Entkopplung der Identitätspolitik von der Sozialpolitik konstitutiv sind. Dieser Wechsel von einer Politik der sozioökonomischen Umverteilung zugunsten einer Politik der Anerkennung von ethnischer und religiöser Differenz droht die Linke in den USA in eine »soziale« und eine »kulturelle« Linke zu spalten und wird daher in *Die halbierte Gerechtigkeit* einer kritischen Überprüfung unterzogen.

Fraser zeigt auf, wie Ansprüche auf kulturelle Anerkennung mit Forderungen nach ökonomischer Umverteilung in ein umfassendes politisches Projekt integriert werden können, was die Vorbedingung für die Herstellung von Gerechtigkeit, insbesondere hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses, darstellt. Sie liefert damit nicht nur einen wichtigen Beitrag zur aktuellen Diskussion über das Verhältnis der Linken zur Postmoderne, sondern bietet auch eine Alternative zur gegenwärtigen Ordnung – eine Alternative, die die besten Einsichten des Sozialismus und der Politik der Anerkennung in sich vereint.

Nancy Fraser
Die halbierte Gerechtigkeit

*Schlüsselbegriffe des
postindustriellen Sozialstaats*

Aus dem Amerikanischen
von Karin Wördemann

Suhrkamp

Die Originalausgabe erschien 1997
unter dem Titel *Justice Interruptus. Critical Reflections
on the »Postsocialist« Condition* bei Routledge,
New York und London.

3. Auflage 2016

Erste Auflage 2001

edition suhrkamp 1743

© 1997 by Nancy Fraser

© der deutschen Ausgabe

Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2001

Deutsche Erstausgabe

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)

ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Jung Crossmedia, Lahnau

Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-11743-9

edition suhrkamp 1743

Inhalt

Danksagung	7
Einleitung	
Kritische Überlegungen zur »postsozialistischen« Situation	9

Teil I: Umverteilung und Anerkennung

1. Von der Umverteilung zur Anerkennung? Dilemmata der Gerechtigkeit in »postsozialistischer« Zeit	23
2. Nach dem Familienlohn: Ein postindustrielles Gedankenexperiment	67

Teil II: Öffentliche Sphären, Genealogien und symbolische Ordnungen

3. Neue Überlegungen zur Öffentlichkeit. Ein Beitrag zur Kritik der real existierenden Demokratie	107
4. Sex, Lügen und die Öffentlichkeit. Überlegungen zur Bestätigung des Bundesrichters Clarence Thomas	151
5. Abhängigkeit im Sozialstaat. Genealogie eines Schlüsselbegriffs (zusammen mit Linda Gordon)	180
6. Strukturalismus oder Pragmatik? Über Diskurstheorie und feministische Politik	221

Teil III: Feministische Stellungnahmen

7. Multikulturalismus, Antiessentialismus und radikale Demokratie. Eine Genealogie der gegenwärtigen Ausweglosigkeit in der feministischen Theorie	251
8. Kultur, Politische Ökonomie und Differenz. Über Iris Youngs <i>Justice and the Politics of Difference</i>	274
9. Falsche Antithesen. Eine Entgegnung auf Seyla Benhabib und Judith Butler	298
10. Jenseits des Herr/Knecht-Modells. Über Carole Patemans <i>The Sexual Contract</i>	322
<i>Editorische Notiz</i>	339

Für Eli

Danksagung

Die Forschungsarbeit zu diesem Buch wurde gefördert vom American Council of Learned Societies, der Newberry Library, der National Endowment for the Humanities, dem Center for Urban Affairs and Policy Research der Northwestern University, dem Rockefeller Foundation Study and Conference Center in Bellagio, dem Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien, dem Humanities Research Institute der University of California in Irvine und der Graduate Faculty of The New School for Social Research. Ich danke den Mitarbeitern und Leitern all dieser Institutionen, desgleichen Cornelia Klinger, Wendy Brown, Judith Butler und Judith Friedlander.

Zahlreiche Personen lasen Teile dieses Buchs im Entwurfsstadium und/oder diskutierten die darin enthaltenen Ideen mit mir; ich habe sie in den Fußnoten dankend erwähnt. Allumfassenden Dank schulde ich jedoch Jane Mansbridge, Linda Nicholson, Judith Wittner und Eli Zaretsky, die mich mehr angeregt und unterstützt haben, als ihnen bewußt ist. Mein Dank gebührt auch Linda Gordon, die mir liebenswürdigerweise erlaubte, unseren gemeinsam verfaßten Essay »Abhängigkeit« im Sozialstaat. Genealogie eines Schlüsselbegriffs« mit in dieses Buch aufzunehmen, und Maureen MacGrogan für ihre redaktionelle Beratung und Unterstützung.

Einleitung

Kritische Überlegungen zur »postsozialistischen« Situation

Die hier versammelten Aufsätze ergeben zusammen eine Diagnose der »postsozialistischen« Situation. Mit diesem Ausdruck will ich den allgemeinen Horizont bezeichnen, in dem sich das politische Denken heute notwendigerweise bewegt.¹ Ich setze das Wort »postsozialistisch« allerdings in Anführungszeichen. Denn ich möchte signalisieren, daß man sich zwar in dieser Situation befindet, in bezug auf diesen Horizont aber eine kritische Haltung einnehmen sollte. Anders gesagt, mir geht es nicht darum, die »postsozialistische« Situation symptomatisch wiederzugeben, sondern kritische Betrachtungen über sie anzustellen.

Worin besteht also die »postsozialistische« Situation? Sie ist weniger ein endgültiges, negatives Verdikt über die Relevanz und Machbarkeit sozialistischer Ideale als vielmehr eine skeptische Stimmung oder Gefühlsstruktur, die den Zustand der Linken nach 1989 kennzeichnet. Befrachtet mit der Katerstimmung »des Morgens danach«, drückt diese Stimmung authentische Zweifel aus, die sich an echten Unklarheiten festmachen, was die historischen Möglichkeiten eines fortschrittlichen sozialen Wandels angeht. Sie ist jedoch auch von ideologischen Elementen durchsetzt, die schwer zu entwirren und zu benennen sind. Um zunächst das Authentische und das Ideologische auseinanderzuhalten, unterscheide ich drei konstitutive Grundzüge der »postsozialistischen« Situation.

Der erste Grundzug ist das Fehlen einer jeden fortschrittlichen Vision, die eine glaubwürdige Alternative zu der gegenwärtigen Ordnung darstellen könnte. Das ist fraglos zum Teil auf den nach 1989 verstärkt erfolgten Legitimationsverlust des Sozialismus im weitesten Sinne zurückzuführen. Anders gesagt, es ist nicht bloß eine Reihe (vormals) realexistierender institutioneller Gebilde zusammengebrochen, sondern auch der Glaube an das prinzipielle Ideal, das die Kämpfe für soziale Veränderungen in den letzten an-

1 Im Englischen »the postsocialist condition« in Anlehnung an »the postmodern condition«. [A. d. Ü.] Jean-François Lyotard, *La condition postmoderne. Rapport sur le savoir*, Paris 1979; dt. *Das postmoderne Wissen*, Graz/Wien 1987.

derhalb Jahrhunderten inspiriert hat. Die unmittelbare Konsequenz daraus hat Jürgen Habermas als »die Erschöpfung [linker] utopischer Energien« bezeichnet.² Meines Erachtens ist diese Ausdrucksweise trotz der weltweit beobachtbaren Ausbreitung eines differenzierten, fortschrittlichen Aktivismus zutreffend. Sie macht deutlich, daß zumindest vorerst keine neue, umfassende Fortschrittsvision einer gerechten Gesellschaftsordnung in Sicht ist, die an die Stelle des Sozialismus treten könnte. Daß in manchen Lagern der Wunsch nach einer solchen Vision durchaus vorhanden ist, zeigt sich beispielsweise an Vorschlägen, die »radikale Demokratie« oder die »multikulturelle Gesellschaft« in diesen Rang zu erheben. Meiner Ansicht nach mangelt es ihnen aber an Überzeugungskraft, weil sie die Fragen der politischen Ökonomie ausklammern. Das gleiche gilt für die noch blutleeren Vorstellungen »politischen Liberalismus« und des »Kommunitarismus«.

Das derzeitige Fehlen einer utopischen Vision rechtfertigt natürlich kaum Francis Fukuyamas platte Behauptung, 1989 stelle »das Ende der Geschichte« dar.³ Denn es gibt keinen Grund anzunehmen, daß dies so bleiben wird. Es charakterisiert allerdings unsere Situation. Zumindest vorläufig sind Kämpfe fortschrittlicher Kräfte nicht mehr in irgendeiner glaubwürdigen Vision verankert, die eine Alternative zur gegenwärtigen Ordnung verkörpert. Die politische Kritik steht dementsprechend unter dem Druck, ihre Ambitionen zu dämpfen und »oppositionell« zu bleiben. Wir befinden uns gewissermaßen auf einem Blindflug.

Der zweite konstitutive Grundzug der »postsozialistischen« Situation betrifft einen Wechsel in der Grammatik, nach der politische Forderungen gebildet werden. In letzter Zeit sind Forderungen nach Anerkennung der Gruppendifferenz stark in den Vordergrund getreten, zuweilen haben sie die Forderungen nach sozialer Gleichheit verdrängt. Dieses Phänomen kann auf zwei Ebenen beobachtet werden. Empirisch haben wir den Aufstieg der »Identitätspolitik« erlebt, den Bedeutungsverlust der Klasse und bis in die jüngste Zeit den damit einhergehenden Niedergang

2 Jürgen Habermas, »Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien«, in: *Die Neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V*, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1985.

3 Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, New York: Free Press 1992 (dt.: *Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir?*, übers. von Helmut Dierlamm, München: Kindler 1992).

der Sozialdemokratie.⁴ Wenn wir tiefer ansetzen, sind wir jedoch Zeugen eines offenkundigen Wechsels beim Repertoire politischer Vorstellungen und insbesondere bei den Begriffen, mit denen man sich Gerechtigkeit vorstellt. Viele Akteure scheinen von einem sozialistisch geprägten Repertoire politischer Vorstellungen, in dem das Hauptproblem der Gerechtigkeit die Umverteilung ist, abzurücken und nähern sich einem »postsozialistisch« geprägten Repertoire politischer Vorstellungen, in dem das Hauptproblem der Gerechtigkeit die Anerkennung ist. Durch diesen Wechsel sind die auffälligsten sozialen Bewegungen nicht länger die ökonomisch definierten »Klassen«, die kämpfen, um ihre »Interessen« zu verteidigen, die »Ausbeutung« zu beenden und eine »Umverteilung« zu erreichen. Statt dessen sind es nun kulturell definierte »Gruppen« oder »Wertegemeinschaften«, die kämpfen, um ihre »Identitäten« zu verteidigen, der »kulturellen Dominanz« ein Ende zu bereiten und »Anerkennung« zu erlangen. Das Ergebnis ist die Abkopplung der kulturorientierten Politik von der Sozialpolitik und die relative Zurückdrängung der letzteren durch die kulturorientierte Politik.

Hier, in der Verflechtung mit historischen Entwicklungen, stoßen wir auf diverse Strömungen »postsozialistischer« Ideologie. Einige feiern den Wechsel »von der Umverteilung zur Anerkennung«, so als seien Kämpfe um Verteilungsgerechtigkeit nicht mehr relevant. Andere beklagen den Bedeutungsverlust der »Klasse«, den sie mit dem Niedergang egalitaristischer ökonomischer Forderungen gleichsetzen, so als seien Kämpfe für die Gerechtigkeit zwischen den Rassen und Geschlechtern »lediglich kulturell« verfaßt und nicht auch auf Verteilung gerichtet. Zusammengenommen konstruieren solche Reaktionen etwas, was sich wie die unausweichliche Wahl des Entweder-Oder ausnimmt: Klassenpolitik oder Identitätspolitik? Sozialpolitik oder Kulturpolitik? Gleichheit oder Differenz? Umverteilung oder Anerkennung? Unterstellt wird dabei, daß sich diese Alternativen gegenseitig ausschließen, wir also zwischen sozialer Gleichheit und multikultureller Gesellschaft wählen müssen, weil sich Umverteilung und Anerkennung nicht miteinander verbinden lassen.

4 Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Textes im Juli 1996 gibt es Anzeichen für ein Comeback der Sozialdemokratie in einigen Ländern. Darauf lassen die Wahlergebnisse in Italien, in Polen und manchen ehemals kommunistischen Ländern sowie die Wahlen in England schließen.

Meiner Meinung nach handelt es sich um falsche Antithesen, die ich in diesem Buch durchweg in Frage stellen werde. In den USA haben sie einen Keil zwischen »die soziale Linke« und »die kulturelle Linke« getrieben, deren in wachsendem Maße erbit- terte Spaltung anlässlich der Fälschung in *Social Text* in einen of- fenen Konflikt ausbrach.⁵ Während die eine Seite in gereiztem Unterton darauf beharrt, daß »es auf die Ökonomie ankommt, leider«, gibt die andere in besserwisserischem Tonfall zurück, daß »es auf die Kultur ankommt, leider«. Beide machen einen Bogen um das, was ich für die entscheidenden »postsozialistischen« Aufgaben halte: erstens, die Unterscheidung zwischen Kultur und Ökonomie zu hinterfragen; zweitens, zu verstehen, wie beide bei der Entstehung von Ungerechtigkeiten zusammenwirken; und drittens, herauszufinden, wie Ansprüche auf Anerkennung mit Forderungen nach Umverteilung in ein umfassendes politi- sches Projekt integriert werden können, was eine Vorbedingung für die Abschaffung von Ungerechtigkeiten ist.

Der Zusammenhang, in dem diese Entwicklungen stehen und der zugleich den dritten definitorischen Grundzug der »postso-

5 In einem Sonderband über die »Science Wars« (das sind die Auseinander- setzungen über die Stellung der Kulturwissenschaften zu den Naturwis- senschaften) veröffentlichte *Social Text* einen Artikel von Alan Sokal, Phy- siker an der New York University (Alan D. Sokal, »Transgressing the Boundaries: Toward a Transformative Hermeneutics of Quantum Gravity«, in: *Social Text*, Frühjahr/Sommer 1996, Nr. 46-47, S. 217-252). Sokal erklärte später, der Artikel sei eine Parodie gewesen, deren Absicht es sei, die geistige Hohlheit der Kulturwissenschaften bloßzustellen (Alan Sokal, »A Physicist Experiments with Cultural Studies«, in: *Lingua Franca*, Mai/ Juni 1996, S. 62-64). Die feministischen Wissenschaftlerinnen Ruth Rosen und Barbara Epstein halfen Sokal bei der Abfassung seines Artikels; er selbst begreift sich als ein Verteidiger der »wahren Linken« (ich nenne sie die »soziale Linke«) gegen die Pseudo-Linken in den Kulturwissenschaften (bei mir die »kulturelle Linke«), für deren Inbegriff er *Social Text* hält. Meiner Meinung nach war Sokals Fälschung höchst aufschlußreich wegen der Reaktionen, die sie hervorrief. Die Häme war nicht nur, wie zu erwarten war, bei der Rechten weit verbreitet, sondern, was mehr besagt, auch bei der sozialen Linken (Beispiele sind Katha Pollitt, »Pomolotov Cocktail«, in: *The Nation*, 10. 6. 1996, S. 9, und Tom Frank, »Textual Reckoning«, in: *In These Times*, 27. 5. 1996, S. 22-24). Ich glaube, die Fälschung löste des- halb so heftige Gefühle ressentimentgeladener Schadenfreude aus, weil sich darin eine wichtige, dicke Auslinie auf dem Feld der »postsozialistischen« Situation herauskristallisierte. Eine gut durchdachte Analyse dieser Reak- tion ist der Artikel von Ellen Willis, »My Sokaled Life«, in: *Village Voice*, 25. 6. 1996, S. 22-23.

zialistischen« Situation ausmacht, ist ein wiedererstarkender Wirtschaftsliberalismus. Während sich das Zentrum der politischen Anziehungskraft allem Anschein nach von der Umverteilung zur Anerkennung verlagert und die Verpflichtungen auf den Egalitarismus im Schwinden begriffen sind, erzeugt ein global wachsender, flächendeckender Kapitalismus zunehmend marktförmige Sozialbeziehungen, zerstört soziale Sicherungssysteme und verschlechtert die Lebenschancen von Milliarden Menschen. Die Vereinten Nationen berichten für 1996 von einer weltweit steil ansteigenden Ungleichheit, da diejenigen, die in der Lage sind, von der globalen Informationsökonomie profitieren zu können, jene vielen, die das nicht können, sehr schnell hinter sich lassen. In beinahe jedem Land der Welt wachsen die Ungleichheiten – nicht nur hinsichtlich der Einkommen und des Wohlstands, sondern auch bei den »Entwicklungspotentialen«, wenn man sie am Zugang zu sauberem Wasser und sauberer Luft, Bildung, Verhütung und Gesundheitsversorgung, entlohnter Arbeit und gesunder Ernährung, Freiheit von Folter und Vergewaltigung bemißt.⁶

Die »postsozialistische« Situation läßt sich also folgendermaßen beschreiben: Obwohl es ein Mehrfaches an Fronten gibt, an denen zu kämpfen ist, fehlt ein glaubwürdiges, überwölbendes emanzipatorisches Projekt. Eine allgemeine Entkopplung hat die kulturorientierte Politik der Anerkennung von der Sozialpolitik der Umverteilung gelöst. Außerdem haben Forderungen nach Gleichheit trotz aggressiver Durchsetzung marktförmiger Beziehungen in allen Lebensbereichen und stark gestiegener sozialer Ungleichheit ihren zentralen Stellenwert eingebüßt.

Die »postsozialistische« Situation bildet auch den Horizont für die heute zu leistende politische Theoriebildung. Für Theoretikerinnen und Theoretiker ist es daher ganz entscheidend zu fragen: Was macht in diesem Kontext eine kritische Haltung aus? Wie können wir diejenigen Haltungen, die die »postsozialistische« Situation kritisch beleuchten, von jenen unterscheiden, die sie symptomatisch widerspiegeln?

Eine grundlegende Prämisse der nachfolgenden Kapitel ist, daß alle drei konstitutiven Grundzüge der »postsozialistischen« Si-

6 United Nations Development Program, *Human Development Report 1996*, Oxford: Oxford University Press 1996. Von den herausragenden Ergebnissen der Studie berichtete Barbara Crossette, in: »U. N. Survey Finds World Rich-Poor Gap Widening«, in: *New York Times*, 15. 7. 1996, S. A 4.

tuation der kritischen Überprüfung unterzogen werden müssen. D. h. zunächst, gegenüber dem modischen »postsozialistischen« Verdacht eines normativen, programmatischen, »totalisierenden« Denkens eine gewisse skeptische Distanz zu pflegen. Wenn man ein solches Denken im gegenwärtigen Kontext meidet, sei es im Namen der »Dekonstruktion«, der »Postmoderne« oder eines »schrittweisen Reformismus«, geht man der derzeitigen »Erschöpfung utopischer Energien« nicht kritisch auf den Grund, sondern man drückt sie symptomatisch aus. Anstatt sie dem Druck der Kritik auszusetzen, macht man aus der Not eine Tugend.

Es reicht auch nicht aus, bloß abstrakt von der Notwendigkeit der »Koalition« zu sprechen, wie es heute in manchen multikulturell gesinnten Kreisen der Vereinigten Staaten üblich ist. Solche Diskussionen zielen normalerweise darauf ab, zusätzliche Bündnisse zwischen bereits gebildeten Bürgerinitiativen zu fördern. Sie lassen die sozialen Prozesse im dunkeln, durch die Bürgerinitiativen gebildet werden, und begeben sich der Möglichkeit einer integrativen Perspektive, die das gesellschaftliche Ganze zu begreifen versucht und verändern will. Überdies bleibt die »Koalitionspolitik« auf der Ebene des Wunschdenkens, solange anhaltende, integrative und ganzheitliche Versuche fehlen, gesellschaftliche Regelungen vor Augen zu stellen, die imstande wären, die Identitäten zu verändern und die Interessen unterschiedlicher, zersplitterter Bürgerinitiativen in Einklang zu bringen.

Eine kritische Perspektive muß im Gegensatz zu solchen Ansätzen die Möglichkeit und Wünschbarkeit eines umfassenden, integrativen, normativen und programmatischen Denkens verteidigen. Sie muß den allgemeinen »postsozialistischen« Verzicht auf ein solches Denken in der neueren politischen Kultur diagnostizieren und das begriffliche Fundament für eine Erneuerung legen. Wir sind augenblicklich sicher nicht in der Lage, ein vollständiges Nachfolgeprojekt für den Sozialismus zu entwerfen. Wir können aber trotz allem versuchen, uns vorläufige Alternativen zu der gegenwärtigen Ordnung vorzustellen, die sich vielleicht als Basis für eine fortschrittliche Politik eignen.

Zweitens verlangt eine kritische Haltung die Entzauberung der »postsozialistischen« Ideologien hinsichtlich ihres Wechsels von der Umverteilung zur Anerkennung. Es sollte ein unumstößlicher Grundsatz sein, daß kein ernsthaftes Nachfolgeprojekt für

den Sozialismus die Verpflichtung auf soziale Gleichheit einfach zugunsten kultureller Differenz über Bord werfen kann. Ginge man von etwas anderem aus, hieße das im Endeffekt, mit der herrschenden neoliberalen Grundauffassung übereinzustimmen. Damit will ich nicht sagen, man solle an der sozialistischen Orthodoxie festhalten und die Politik der Anerkennung insgesamt meiden. Nein, kritische Theoretikerinnen und Theoretiker sollten ganz im Gegenteil die Behauptung widerlegen, wir hätten uns bei der Umverteilungspolitik und der Anerkennungspolitik für ein Entweder-Oder zu entscheiden. Wir sollten statt dessen mit der Zielsetzung arbeiten, die emanzipatorischen Dimensionen beider Problematiken genau zu bestimmen und sie in einem einzigen, umfassenden Theorierahmen sinnvoll zu verbinden. Das Ziel sollte kurz gesagt darin bestehen, einen anderen »Postsozialismus« zu gestalten, der die besten Einsichten des Sozialismus in sich vereint, anstatt sie zu verwerfen.

Daraus folgt auch, daß ein kritischer Ansatz einseitige, pauschale Verurteilungen der Politik der Anerkennung in Frage stellen muß. Solche Verurteilungen werden heute häufig als Ablehnung der »Identitätspolitik« ausgesprochen, ein Ausdruck, der vielfach mißbräuchlich verwendet wird. Er ist in paradigmatischer Weise mit Ansprüchen auf nationale, regionale, ethnische und religiöse Anerkennung verknüpft, von denen manche mit Sicherheit fatal sind. In den Vereinigten Staaten wird der Ausdruck »Identitätspolitik« jedoch zunehmend als ein abwertendes Synonym für Feminismus, Antirassismus und Antiheterosexismus gebraucht. Hierbei wird unterstellt, daß die natürliche Stoßrichtung solcher Politik eine partikularistische Selbstbehauptung ist, die den Universalismus der »*common dreams*« zurückweist⁷ und mit Gerechtigkeit nichts zu tun hat. Tatsächlich entstanden diese Bewegungen aber v. a. deshalb, weil sie gegen die versteckten Partikularismen – also den gesellschaftlichen Männlichkeitskult, den Ethnozentrismus weißer Angelsachsen und den Heterosexismus – protestierten, die sich hinter dem verbergen, was als universell auftritt. Und als solche haben sie sehr viel mit Gerechtigkeit zu tun. Außerdem nehmen diese Bewegungen nur unter ganz be-

7 Hier sei verwiesen auf Todd Gitlin, *The Twilight of Common Dreams. Why America is Wracked by Culture Wars*, New York: Metropolitan Books 1995.

stimmten Bedingungen die Gestalt der Identitätspolitik an. Nämlich dann, wenn politische Strömungen, die von der sozioökonomischen Veränderung erwarten, sie sei das Allheilmittel für Ungerechtigkeiten, die sich an Geschlecht, Sexualität oder Rasse bzw. Ethnie festmachen, von solchen politischen Strömungen verdrängt werden, die statt dessen von der Behauptung und Verteidigung der Gruppenidentität alles erhoffen.⁸ Nur in diesem Fall wird, wie beim Fall nationaler und ethnischer Kämpfe, eine »postsozialistische« Betonung kultureller Differenz die charakteristische »sozialistische« Betonung sozialer Gleichheit ersetzen.

Ein kritischer Ansatz muß also leichtfertige Verurteilungen, die das Kind mit dem Bade ausschütten, zurückweisen. Statt dessen sollte ein solcher Ansatz eine kritische Theorie der Anerkennung entwickeln, welche die Ansprüche auf Anerkennung von Differenz danach unterscheidet, ob sie die Sache sozialer Gleichheit voranbringen oder ob sie diese eher verzögern oder gar untergraben.

Dies wiederum verlangt, daß die derzeitige »postsozialistische« Entkopplung der kulturorientierten Politik von der Sozialpolitik sowohl praktisch als auch intellektuell in Frage gestellt wird. Im akademischen Leben der USA ist die kulturwissenschaftliche Theoriebildung heute weitgehend von sozialwissenschaftlicher Theoriebildung getrennt, so daß sich die praktische Loslösung der Politik der Anerkennung von der Politik der Umverteilung, die im sozialen Leben stattgefunden hat, auch im geistigen Leben spiegelt. In der politischen Philosophie z. B. neigen die Theoretiker der Verteilungsgerechtigkeit dazu, die Identitätspolitik schlicht zu ignorieren, wobei sie offenbar annehmen, sie

8 Ich möchte damit der Auffassung widersprechen, die eine »Sozialpolitik«, die sie der Klassenpolitik gleichsetzt, einer »Identitätspolitik« gegenüberstellt, die sie mit feministischer und antirassistischer Politik sowie schwuler und lesbischer Emanzipation gleichsetzt. Eine solche Auffassung behandelt identitätsorientierte Strömungen in den letztgenannten Bewegungen, als sei deren Politik damit erschöpfend beschrieben. Dadurch werden alternative Strömungen ignoriert, die sich der Bekämpfung solcher Formen ökonomischer Ungerechtigkeit verschrieben haben, die gendertypisch, rasen- und sexualitätsspezifisch sind und von den traditionellen Klassenbewegungen übergangen wurden. Darüber hinaus verkennt diese Auffassung die Tatsache, daß selbst die identitätsorientierten Strömungen mit Fragen der Gerechtigkeit – wenngleich anderer Art – befaßt sind. Zu einer ausführlicheren Erörterung dieser Themen siehe Kapitel 1, »Von der Umverteilung zur Anerkennung?«.

verkörpere ein falsches Bewußtsein. Genauso neigen Theoretiker der Anerkennung dazu, die Verteilung zu ignorieren, so als habe die Problematik der kulturellen Unterschiede nichts mit der Problematik sozialer Gleichheit zu tun. Beide Seiten sind daher außerstande, die Trennung von politischer Ökonomie und Kultur zu hinterfragen, obwohl sie ein Kennzeichen der »postsozialistischen« Situation ist.

Ein kritischer Ansatz hingegen muß »zweiwertig« sein, muß das Soziale und das Kulturelle, das Ökonomische und das Diskursive integrieren können. Das bedeutet zunächst, die Beschränkungen der modischen neostrukturalistischen Modelle der Diskursanalyse aufzuzeigen, in denen die »symbolische Ordnung« von der politischen Ökonomie getrennt wird. An ihrer Stelle müssen alternative Modelle kultiviert werden, die die Untersuchung sprachlicher Bedeutungen mit der Untersuchung von Institutionen und sozialen Strukturen zusammenbringen. Und schließlich bedeutet es, die Theorie kultureller Gerechtigkeit mit der Theorie der Verteilungsgerechtigkeit zu verbinden.

Mit den hier zusammengestellten Aufsätzen wird der Versuch gemacht, einen solchen kritischen Ansatz zu entwickeln. Die Kapitel des ersten Teils handeln direkt von der Theorie der Gerechtigkeit. In Kapitel 1, »Von der Umverteilung zur Anerkennung?«, wird die Ansicht vertreten, daß heute weder Umverteilung allein noch Anerkennung allein ausreichen, um Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen. Ich schlage daher vor, eine kritische Theorie der Anerkennung auszuarbeiten, die jene Formen der Identitätspolitik genau bestimmt und auch nur jene Formen unterstützt, die sich mit einer Politik für soziale Gleichheit kohärent verbinden lassen. Weiterhin werden in dem Kapitel die Dilemmata beschrieben, die zustande kommen, wenn wir Umverteilung und Anerkennung gleichzeitig in Angriff nehmen. Kapitel 2, »Nach dem Familienlohn«, untersucht derartige Dilemmata im Hinblick auf das Verhältnis von Gender und Wohlfahrtsstaat. Es deckt die Schwächen von zwei feministischen Entwürfen auf, die konkurrierende Vorschläge enthalten, wie in unseren postindustriellen Zeiten Gerechtigkeit im Geschlechterverhältnis zu erreichen ist. Die eine Vision will Frauen zu »Arbeitnehmern« machen, die den Männern gleichen, die andere will darauf hinaus, daß die »Differenz keine Nachteile mehr bringt«. Skizziert wird außerdem der Grundriß eines dritten Ansatzes, der Umverteilung und Aner-

kennung dadurch integrieren würde, daß er Gender dekonstruiert und die Männer verändert.

Der zweite Teil leistet einige Vorarbeiten für eine solche Integration auf der Ebene der Diskurstheorie. Ich gebe einen Überblick über einige Hauptspielarten der Diskursanalyse und bestimme dann, welche dieser Ansätze am besten geeignet sind, die derzeitige Abkopplung des Kulturellen vom Sozialen zu überwinden. Die Kapitel 3 und 4 dienen der Beurteilung der Frage, ob eine Theorie der Öffentlichkeit das Potential besitzt, ein Scharnier zwischen dem Diskursiven und dem Institutionellen zu bilden. »Neue Überlegungen zur Öffentlichkeit« benennt Einsichten und blinde Flecken von Habermas' Modell und schlägt eine kritische Neufassung vor. »Sex, Lügen und die Öffentlichkeit« überprüft das revidierte Modell anhand der Konfrontation zwischen Clarence Thomas und Anita Hill im Jahr 1991. Ich analysiere diese Konfrontation als einen Kampf, in dem es darum ging, festzulegen, wo die Grenze zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten verläuft. In Kapitel 5 hingegen wird versucht, die soziostrukturellen Defizite der Foucaultschen Genealogie durch eine ergänzende Verbindung mit Raymond Williams' materialistischer Kulturtheorie auszugleichen. »Abhängigkeit im Sozialstaat« entstand in Zusammenarbeit mit der Historikerin Linda Gordon. Wir setzen die sich wandelnden Bedeutungen des Schlüsselbegriffs »Abhängigkeit« in bezug zur wechselnden Gestalt der politischen Ökonomie, um auf diese Weise die aktuelle neoliberale Ideologie in Frage zu stellen. Kapitel 6, »Strukturalismus oder Pragmatismus?«, beschäftigt sich schließlich mit den Beschränktheiten des »Lacanianismus«, eines von vielen Feministinnen übernommenen neostrukturalistischen Modells. Ich verfechte den Standpunkt, daß der »Lacanianismus« die »symbolische Ordnung« verdinglicht und von der politischen Ökonomie trennt, und verteidige daher in diesem Kapitel die pragmatische Tradition der Diskursanalyse, die sich besser eignet, um die Untersuchung der sprachlichen Bedeutungen an die Untersuchung sozialer Ungleichheit anzuschließen.

Der dritte Teil ist mit dem Vorhaben betraut, die kulturorientierte Politik und die Sozialpolitik in die aktuellen Debatten der feministischen Theorie zu integrieren. Kapitel 7 über »Multikulturalismus, Antiessentialismus und radikale Demokratie« zeichnet nach, wie sich im Laufe der zweiten Welle feministischer

Theorie in den USA Umverteilung und Anerkennung fortschreitend entkoppelten, während sich die Bedeutung von »Differenz« von der »Geschlechterdifferenz« zur »Differenz unter Frauen« und dann zu sich »vielfältig überschneidenden Differenzen« verschob. Die zurückgelegte Entwicklung hat sicherlich einen nicht unerheblichen Gewinn gebracht, insofern Gender nicht mehr isoliert von anderen Achsen der Unterordnung gesehen wird. Dennoch ging etwas Wichtiges verloren: Die »Differenzen« wurden dem Modell kultureller Varianten angeglichen, wodurch solche Verschiedenheiten, die ihre Gründe in der politischen Ökonomie haben, nicht mehr deutlich gesehen wurden und der Geltungsbereich der Gerechtigkeit infolgedessen verkleinert wurde. Im Gegensatz dazu untersucht Kapitel 8 einen lobenswerten Versuch, den Geltungsbereich der Gerechtigkeit so weit auszudehnen, daß er sowohl die Kultur als auch die politische Ökonomie umfaßt. Unter der Überschrift »Kultur, politische Ökonomie und Differenz« werden in diesem Kapitel einige Schwächen des Ansatzes von Iris Marion Young aufgezeigt. Ein spezieller Punkt ist Youngs Neigung, den harten politischen Fragen auszuweichen, die dann auftreten, wenn wir versuchen, Umverteilung und Anerkennung gleichzeitig gerecht zu werden. In Kapitel 9, »Falsche Antithesen«, geht es darum, in der Theorie der Subjektivität das Diskursive und das Normative zu integrieren. Ich kritisiere die unnötig polarisierten Haltungen von Seyla Benhabib einerseits und Judith Butler andererseits und analysiere weitergehend, was damit verbunden ist, wenn man Rekonstruktion und Dekonstruktion zusammenbringt, d. h., wenn man Elemente der kritischen Theorie und des Poststrukturalismus kombiniert. In Kapitel 10, »Jenseits des Herr/Knecht-Modells«, untersuche ich als letztes Carole Patemans theoretische Bemühung, zu beschreiben, auf welche Weise Vertragsbeziehungen die männliche Dominanz modernisieren, anstatt ihnen den Boden zu entziehen. Ich vertrete die Ansicht, daß Pateman unterschätzt, in welchem Ausmaß die Ungleichheit im Geschlechterverhältnis heute einen Formwandel durchmacht. Es gibt einen Wechsel von der Herrschaft und Knechtschaft in dyadischen Beziehungen zu eher unpersönlichen, strukturellen Mechanismen, die in verflüssigteren kulturellen Formen gelebt werden.

Meine leitende Problemstellung für alle Kapitel ist ein *Durchdenken* der »postsozialistischen« Situation, in der Hoffnung, auf

der anderen Seite des Tunnels Licht zu sehen. Natürlich können wir nicht genau wissen, was uns auf der anderen Seite erwartet. Wir können aber sehr wohl einem ideologischen Druck standhalten, der die Möglichkeiten vorzeitig beschränken würde. D. h. v. a., die nicht akzeptable Wahl des Entweder-Oder zurückzuweisen, die der »postsozialistische« Common sense zur Zeit konstruiert. Das Ziel sollte darin bestehen, einem anderen »Postsozialismus« den Weg zu bereiten, einem Postsozialismus, der in sich vereint, was am sozialistischen Projekt unübertroffen ist und was an der Politik der Anerkennung überzeugend und verteidigungswert ist.